

Grundsatzprogramm



Was uns verbindet.

www.kuemmern.de



CDU THÜRINGEN

Grundsatzprogramm der CDU Thüringen

„Was uns verbindet.“

Beschlossen auf dem 22. Landesparteitag
vom 15. – 16. Juni 2007 in Saalfeld

Präambel

1. Die Christlich Demokratische Union Thüringen hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Zukunft unseres Freistaats zum Wohle der Menschen zu gestalten. Wir stellen uns diesem Anspruch, weil wir uns unserer Wurzeln, unserer Vergangenheit und unserer Verantwortung bewusst sind.

2. Die Gründung des Thüringer Landesverbandes der Christlich Demokratischen Union am 20. Juli 1945 war eine politische Schlussfolgerung aus dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat und der Zerrissenheit der Demokraten in der Weimarer Republik. Freiheit und Menschlichkeit sollten im fruchtbaren Dialog von sozialen, liberalen und konservativen politischen Strömungen verwirklicht werden und sich nicht wieder in verhängnisvoller Gegnerschaft zwischen diesen verlieren. In der Union arbeiteten von Anfang an evangelische und katholische Christen zusammen. Konfessionelle Gegensätze wurden so ebenso überwunden wie landsmannschaftliche.

3. Bereits kurz nach ihrer Gründung war die CDU in Thüringen schweren Repressalien ausgesetzt. Etliche Mitglieder mussten ihr Bekenntnis zu unserer Partei sogar mit dem Leben bezahlen. Wie in allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone, aus der dann die DDR entstand, wurde die CDU von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) als führender Partei zwangsweise gleichgeschaltet. Viele aufrechte Freunde hielten die Idee der christlichen Demokratie auch in den Zeiten der Diktatur wach. Sie versuchten, in Nischen zu wirken und konnten so einen Beitrag zur friedlichen Revolution leisten. Gleichwohl hat die CDU in den drei Bezirken, in die Thüringen in der Zeit der SED-Diktatur aufgeteilt war, in diesem totalitären System mitgewirkt.

4. Gerade deshalb stellt sich die CDU der besonderen Verantwortung, nie wieder zuzulassen, dass extremistisches Denken und totalitäre Strukturen die Menschen manipulieren und ihrer Freiheit berauben. Sie vereint unterschiedliche Traditionsstränge, die trotz verschiedener Schwerpunkte aus den Erfahrungen der Diktaturen des Nationalsozialismus und des marxistisch-leninistischen Sozialismus die Lehre gezogen haben, das Verbindende stärker herauszustellen. Mit der friedlichen Revolution im Herbst 1989 hat auch für die CDU in Thüringen eine neue Zeit des politischen Mitgestaltens begonnen. Im Laufe der Jahre fanden viele Mitglieder der Bürgerbewegung den Weg in die CDU. Die Erfahrungen mit beiden totalitären Systemen des vergangenen Jahrhunderts in Thüringen, die Ideale der Gründergeneration – nach der 12-jährigen Diktatur des Nationalsozialismus – und der friedlichen Revolution – nach 40 Jahren realsozialistischer DDR – prägen die Thüringer CDU.

Unser Verständnis vom Menschen und unsere grundlegenden Ideen beschreiben wir im vorliegenden Grundsatzprogramm. Es ist zugleich die ethische Grundlage verantwortungsbewusster Politik, an der wir uns messen lassen wollen.

I. Christliches Menschenbild

Fundament unseres Handelns

5. In der Christlich Demokratischen Union Thüringen finden Menschen eine politische Heimat, die sich dem christlichen Menschenbild verbunden fühlen. Auf der Grundlage der Unverfügbarkeit der Menschenwürde, der Freiheit des Menschen und seiner Gemeinschaftsbezogenheit arbeiten Christen und Nichtchristen in der CDU zusammen. Aus diesem Menschenbild entwickelt sich unser Verständnis von einer guten Ordnung für Ehe, Familie, Gesellschaft, Wirtschaft und Staat.

6. Wir wissen um die einmalige und unveräußerliche Würde jedes Menschen. Sie gilt in jeder Phase seiner Entwicklung und unabhängig von seinen Eigenschaften und Leistungen. Diese unantastbare Würde des Menschen ist nicht alleine im Diesseits verankert. Sie entzieht sich der Verfügbarkeit des Menschen. Daher muss für uns als Christdemokraten jede Rechtsordnung auf der fundamentalen und absolut bindenden Anerkennung der Würde jedes Menschen aufbauen. Dies ist den Verfassungs-Müttern und -Vätern mit der freiheitlichen demokratischen Rechtsordnung des Grundgesetzes gelungen. In Thüringen wurde mit unserer Landesverfassung auf diesem Fundament aufgebaut. Wir stehen zur Trennung von Kirche und Staat. Alle Religionen müssen dies und die freiheitliche demokratische Rechtsordnung akzeptieren.

7. Jeder Mensch ist einmalig und unverwechselbar. Zugleich ist der Mensch ein soziales Wesen und auf Gemeinschaft angewiesen. Individualität und die Bezogenheit aufeinander gehören deshalb untrennbar zum Menschen und seiner Persönlichkeit. Darin liegen die Wurzeln einer solidarischen Gesellschaft, in der Freiheit und Verantwortung für den Nächsten zusammen gehören.

Freiheit

8. Freiheit und Verantwortung gehören untrennbar zusammen. Freiheit eröffnet den Raum zum Handeln und Gestalten. Sie fordert zur Verantwortung und zur Entscheidung über den eigenen Lebensweg und zur Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse heraus. Dass der Mensch frei ist und Verantwortung übernimmt, ist Ausdruck seiner Würde. Die Welt ist in die Verantwortung des Menschen gelegt.

9. Freiheit heißt sich entscheiden. Wer sich entscheidet, nutzt Freiheit, um Wirklichkeit zu gestalten. Jede Entscheidung für etwas ist zugleich eine Entscheidung gegen etwas anderes. Freiheit wird verkürzt, wenn wir nur beschreiben, wovon wir frei sein wollen, ohne zu sagen, wofür wir unsere Freiheit nutzen möchten. Freiheit verwirklicht sich in Verantwortung, Bindung und Verbindlichkeit.

10. Freiheit ist unteilbar, sie wird durch garantierte Menschen- und Grundrechte gegen Eingriffe des Staates und Dritter gesichert. Ihre Grenzen findet sie in der Freiheit der

anderen. Damit dies gewährleistet ist, braucht Freiheit Ordnung: Die Ordnung der Freiheit, wie sie sich im demokratischen Verfassungsstaat konkretisiert.

Gerechtigkeit

11. Gerechtigkeit zielt auf eine Ordnung des Gemeinwesens, in der jeder die Chance hat, sich frei und unabhängig zu entfalten und sein Leben in Würde und eigener Verantwortung zu führen. Das Recht, die eigenen Begabungen und Fähigkeiten zu entfalten, im Falle elementarer Lebensrisiken wie Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Armut gesichert zu sein und Hilfe zur Selbsthilfe zu erhalten sowie auf Beteiligung am gesellschaftlich-politischen Leben ist zentrales Element unseres Gerechtigkeitsbegriffs.

12. In einem solidarischen Gemeinwesen richtet sich die Forderung nach Gerechtigkeit als allgemeinem Wert an jede Bürgerin und jeden Bürger, an die Gesellschaft und ihre Organisationen, die Wirtschaft und den Staat. Wir bekennen uns zu dem im Grundgesetz verankerten Sozialstaatsgebot, das soziale Gerechtigkeit und Gemeinwohlorientierung zu leitenden Prinzipien staatlicher Tätigkeit erhebt.

13. Gerechtigkeit lässt sich nur verwirklichen, wenn jeder zunächst seine eigenen Möglichkeiten ausschöpft. Darum muss sich Leistung lohnen. Leistungsgerechtigkeit trägt entscheidend zur Gerechtigkeit bei. Damit starke Schultern mehr tragen können, müssen sie auch stark werden können. Deshalb wollen wir Leistungs- und Verantwortungseliten ausbilden und fördern. Die Schwachen werden nicht stärker, wenn man die Starken schwächt.

14. Gerechtigkeit wird durch Teilhabegerechtigkeit und Chancengerechtigkeit verwirklicht. Teilhabegerechtigkeit bedeutet, dass alle die Chance haben, sich entsprechend ihren Vorstellungen, Fähigkeiten und Neigungen zu entwickeln und in die Gesellschaft einzubringen. Hierüber entscheidet in erster Linie die Möglichkeit zur Bildung und Ausbildung unabhängig von der Herkunft. Deshalb gilt es, Begabungen und Leistungswillen jedes Einzelnen zu fördern.

15. Gerechtigkeit verlangt nach Sicherheit. Um ihr Leben eigenverantwortlich gestalten zu können, müssen die Menschen auf eine verlässliche Ordnung vertrauen können. Rechtsstaatlichkeit und innere Sicherheit gehören mit zu den Garanten der Gerechtigkeit, denn sie sind auf den friedlichen Ausgleich der Interessen gerichtet. Darauf sind die Schwachen in unserer Gesellschaft in besonderer Weise angewiesen.

16. Gerechtigkeit ist eine Forderung, die auch im Verhältnis der Generationen zueinander zu beachten ist - der geborenen wie der ungeborenen. Generationengerechtigkeit heißt, die beruflich aktive Generation unter den Bedingungen des demographischen Wandels nicht zu überfordern, nicht auf Kosten kommender Generationen zu leben und die Lebensleistung der älteren Generation anzuerkennen.

Solidarität

17. Solidarität ist die beständige Entschlossenheit, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Das Gebot der Solidarität ergibt sich aus dem christlichen Menschenbild. Wir sind grundsätzlich auf Gemeinschaft hin angelegt und wir wissen um die gegenseitigen Abhängigkeiten. Solidarität verpflichtet zu einer sozialen Kooperation, die dazu beiträgt, den menschenrechtlichen Status der Person für alle zu gewährleisten. Sie kann aber keine Einbahnstraße sein. Gerade wer Eigenverantwortung wahrnimmt, handelt solidarisch, weil er die Allgemeinheit entlastet. Solidarität bedeutet aber auch die Gewissheit, in der Not nicht alleine zu stehen. Weil wir die Würde des Menschen ernst nehmen, ist für uns Solidarität mehr als bloße Hilfe für Bedürftige. Solidarität verstehen wir vielmehr als Auftrag, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

18. Subsidiarität ist ein wesentliches Struktur- und Organisationsprinzip, mit dem Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in eine am Gemeinwohl orientierte Balance gebracht werden können. Subsidiarität verweist auf den Einzelnen und die kleinen Einheiten, die Familie, den Verein, Kommunen, Unternehmen. Wir wollen dem Einzelnen und den kleinen und mittleren Einheiten das in eigener Verantwortung lassen bzw. wieder zurückgeben, was sie aus eigener Initiative und mit eigenen Kräften leisten können. Was dort gestaltet und verantwortet werden kann, darf nicht von einer übergeordneten Ebene getan oder bestimmt werden. Es geht darum, die Welt aktiv und verantwortlich zu gestalten, das eigene Leben in die Hand zu nehmen und es gemäß unseren Fähigkeiten und in Beziehung zu anderen zu führen.

19. Die Christlich Demokratische Union Thüringen lässt sich daran messen, dass die im christlichen Menschenbild verankerten Werte in unserem Handeln zum Tragen kommen. So verstehen wir unsere Politik als lebensdienlich und zukunftstauglich für alle Menschen.

II. Gelingendes Leben

Familie leben

20. Menschen sind als soziale Wesen auf Gemeinschaft hin angelegt. Diese Dimension des menschlichen Lebens spiegelt sich in Ehe und Familie wider. Familie ist der Ort, an dem Kinder leben und Generationen verbindlich Verantwortung füreinander tragen. Sie leisten damit den zentralen Beitrag für eine zukunftsfähige Gesellschaft. In der Familie werden Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erlernt und gelebt, hier sind Vertrauen, Geborgenheit und Verlässlichkeit erfahrbar. Ehe und Familie sind Leitbild und Hoffnung für die überwiegende Mehrheit der Menschen, auch wenn sie sich nicht immer verwirklichen lassen oder auch scheitern können.

21. Unterschiedliche Lebenssituationen und -entwürfe führen zu unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens. Auch nicht-eheliche Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende

leisten mit ihrer Erziehungsarbeit einen bedeutenden Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die Lebenswirklichkeit anzunehmen und die vielfältigen Formen des Zusammenlebens als Ausdruck der Pluralität zu bejahen, enthebt eine wertgebundene Partei nicht der Aufgabe, ihre Leitbilder zu formulieren. Die Spannung zwischen Lebenswirklichkeit und Leitbild gehört zu jeder Politik, die nach der guten Ordnung fragt, Gesellschaft gestalten und mit Leitbildern Orientierung bieten will für die Lebenswirklichkeit. Deshalb stehen für uns Ehe und Familie auch in Zukunft unter dem besonderen Schutz des Staates.

22. Kinder sind ein Wert an sich, Kinder sind Zukunft. Kinder zu haben, bedeutet Glück und Erfüllung. Aber Bindungsängste, Angst vor Brüchen im Berufsleben oder vor einer unsicheren wirtschaftlichen Situation führen dazu, dass sich immer mehr Paare gegen Kinder entscheiden. Um junge Paare zu einer Entscheidung für Kinder zu ermutigen, bedarf es einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz für die Erziehungsarbeit von Eltern. Hierzu zählt wirtschaftliche Sicherheit und Unterstützung für Familien ebenso wie Maßnahmen, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern.

23. Die Familienpolitik der CDU Thüringen setzt sich zum Ziel, die Rahmenbedingungen für Familien zu verbessern, damit Eltern sich ihre Kinderwünsche erfüllen. Dabei liegt die Verantwortung für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder zuerst bei den Eltern. Der Weg, Familie und Beruf mit Hilfe öffentlicher Betreuungsangebote zu vereinbaren, ist ebenso legitim wie die Entscheidung eines oder beider Elternteile, sich längere Zeit ausschließlich der Kindererziehung zu widmen. Hierzu müssen Bildungs- und Karrierewege flexibilisiert und der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert werden.

Bildung als Schlüssel zur Teilhabe

24. Bildung ist der Schlüssel zur Entfaltung der Persönlichkeit und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie befähigt den Menschen, seine Lebenschancen zu nutzen und sein Leben in Freiheit verantwortlich zu gestalten. Die CDU Thüringen setzt sich dafür ein, dass jeder Mensch seine Potenziale von Anfang an entfalten kann und sie zu nutzen lernt. Bildung eröffnet Lebenschancen. Sie beginnt nicht erst in der Schule, sondern mit der Geburt. Erster Ort der Bildung ist daher die Familie. Hier werden Werte gelebt und vermittelt. Ein Umfeld, in dem Kinder Liebe und Geborgenheit erfahren, aber auch Pflichten kennen lernen, ist Grundstein einer erfolgreichen Bildungsbiographie. Das Anerkennen ihrer persönlichen Leistung stärkt das Selbstbewusstsein von Kindern.

25. Es ist die Aufgabe des Staates, Eltern bei ihrer Erziehungs- und Bildungsarbeit durch ein geeignetes Bildungssystem zu unterstützen und dort helfend und vorbeugend einzugreifen, wo Eltern ihrer Verantwortung aus eigener Kraft nicht allein gerecht werden können. Ein geeignetes Bildungssystem nimmt den Bildungsweg eines Menschen als Ganzes in den Blick. Dieses besteht aus alters- und begabungsgerechten Institutionen, die Kinder dabei unterstützen, ihre individuellen Fähigkeiten zu entwickeln. Die frühkindliche Bildung ist hierbei von besonderer Bedeutung, denn in den ersten Jahren werden die

entscheidenden Weichen für die Bildungsbiographie des Menschen gestellt. Einrichtungen wie Kindergarten, -hort oder -tagesstätte dürfen nicht als reine Betreuungseinrichtungen verstanden werden. Auch hier müssen Bildung und Erziehung stattfinden. Die CDU Thüringen bekennt sich zum differenzierten Schulsystem; es ist ein bewährter Rahmen für eine begabungsgerechte Bildung, die den einzelnen Menschen individuell fordert und fördert. Die Vernetzung der unterschiedlichen Bildungsebenen und -orte trägt dazu bei, einem Scheitern von Bildungswegen vorzubeugen. Wir setzen dabei auf eine enge Erziehungs- und Bildungspartnerschaft von Eltern, Lehrern und Erziehern.

26. Nach Ende der Schulzeit liegt der Schlüssel für die eigenverantwortliche Gestaltung der persönlichen Zukunft in der Chance auf berufliche Bildung. Wirtschaft und Staat haben gemeinsam dafür Sorge zu tragen, dass alle Jugendlichen gemäß ihren Fähigkeiten diese Chance zur Berufsausbildung nutzen können. Ein leistungsfähiges Hochschulsystem ist von besonderer Bedeutung für die Ausbildung von Eliten und gesellschaftlichen Leistungsträgern. Die Einheit von Forschung und Lehre führt zu einem konstruktiven Dialog zwischen Dozenten und Studenten, wodurch Innovation, Forschung und Entwicklung vorangetrieben werden können. Der Wettbewerb von Hochschulen mit jeweils eigenständigem Profil verstärkt diese Innovationskraft, die letztlich das Land insgesamt voranbringt. Wissenschaft und Forschung sind die Grundlagen für den geistigen Wohlstand in Thüringen und bilden zugleich ein gutes Fundament zur Entwicklung der Technologie und neuer Produkte. Sie führen zu neuen Erkenntnissen und bilden so die Basis der Wissensgesellschaft in Thüringen. Lebensbegleitendes Lernen unterstützt Menschen dabei, an diesem Wissen teilzuhaben und ihre privaten und beruflichen Ziele zu verwirklichen.

Lebendige Gesellschaft

27. Zu einem gelingenden Leben gehören über den engeren Kreis der Familie hinaus vielfältige soziale Beziehungen, die eine lebendige Gesellschaft auszeichnen. Die Vielzahl der Vereine und Initiativen im sozialen, sportlichen, kulturellen, ökologischen und geselligen Bereich bilden einen der größten Reichtümer Thüringens. Sie tragen für viele Menschen zu einem sinnerfüllten Dasein bei, sei es, dass sie die vielfältigen Angebote nutzen oder, dass sie selbst dazu beitragen. Über die Lebensqualität in unserem Land entscheidet jeder in dem Maße mit, in dem er bereit ist, sich selbst einzubringen.

28. Das Aufblühen des Vereinswesens seit 1989/90 und die Wiedergeburt einer pluralistischen Gesellschaft gehören zu den wesentlichen Erfolgen der friedlichen Revolution. Eigene Ideen und Vorstellungen ohne staatliche Kontrolle, Bevormundung oder Einmischung verwirklichen zu können, ist eine entscheidende Frucht der Freiheit. Dieser Erfolg ist dem ehrenamtlichen Engagement zahlreicher Bürgerinnen und Bürger zu verdanken.

29. Unser Ziel ist es, dieses Engagement zu stärken und noch mehr Bürgerinnen und Bürger dafür zu gewinnen. Ehrenamtliche Arbeit fördert zugleich gesellschaftlichen

Zusammenhalt und Lebensqualität. Dazu gehört auch, Mäzenatentum durch Projekte oder Stiftungen als besondere Form bürgerschaftlichen Engagements zu fördern und anzuerkennen. Es gibt dafür ermutigende Beispiele. Der Blick auf andere Länder zeigt jedoch, dass mehr möglich und wünschenswert ist.

30. Wir setzen uns dieses Ziel zugleich im Wissen darum, dass der Staat in einem intakten Gemeinwesen lediglich den Rahmen für ein vielgestaltiges gesellschaftliches Leben setzt. Nur die Gesellschaft selbst ist in der Lage, zahlreiche Bedürfnisse und Interessen aus eigener Kraft und eigenen Vorstellungen zu erfüllen und ermöglicht dem Staat die Konzentration auf seine Kernaufgaben.

31. Einen unverzichtbaren Beitrag zur geistigen Orientierung, zur Identität und Kultur Thüringens sowie für die soziale Qualität unseres Gemeinwesens leisten Kirchen und Religionsgemeinschaften. Das wird auch von der Mehrzahl derer anerkannt, die keiner Konfession angehören. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Kirchen und Religionsgemeinschaften ihre Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten ausschöpfen und Gesprächspartner für Staat und Gesellschaft bleiben können.

Zusammenwirken der Generationen

32. Eine vielschichtige Altersstruktur ist die Grundlage jedes lebenswerten und leistungsfähigen Gemeinwesens. Das Zusammenspiel der einzelnen Altersgruppen mit ihren individuellen Erfahrungen und Fähigkeiten ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche, nachhaltige Gesellschaftsordnung. Die Würde des Menschen erstreckt sich auf alle Lebensphasen. Die Generationen tragen dabei gegenseitig Verantwortung für einander. Die CDU setzt sich für Generationengerechtigkeit ein. Generationengerechtigkeit muss ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Interessen der einzelnen Altersgruppen unserer Gesellschaft ermöglichen sowie die Auswirkungen unserer heutigen Entscheidungen auf die nachfolgenden Generationen berücksichtigen.

33. Aufgrund des demographischen Wandels ändert sich die Altersstruktur. Diese Entwicklung verändert unsere Gesellschaft auf vielfältige Weise. Aufgabe der Politik ist es, dies in allen Bereichen zu berücksichtigen und unter den sich wandelnden Bedingungen allen Generationen eine realistische Perspektive aufzuzeigen. Ziel unserer Politik muss es sein, der Jugend eine Chance auf Zukunft im eigenen Land zu eröffnen, die Erfahrung der mittleren und älteren Generationen zu nutzen und deren Lebensleistung Rechnung zu tragen.

34. Um auch in Zukunft handlungs- und gestaltungsfähig zu bleiben, müssen wir uns von einer Politik steigender Verschuldung abkehren und alle öffentlichen Haushalte konsequent weiter konsolidieren. Mittelfristig muss in Thüringen ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden möglich sein. Dies ist der erste Schritt, um ein Neuverschuldungsverbot, das wir in der Verfassung verankern wollen, wirksam abzusichern. Es liegt in unserer Verantwortung, unseren Kindern keine übermäßige

Schuldenlast zu hinterlassen, sondern ihnen die Ressourcen und Handlungsspielräume für eine freie und selbstständige Lebensgestaltung zu sichern.

35. Wir wollen kommenden Generationen eine Welt hinterlassen, in der es sich zu leben lohnt. Dies gehört für uns zur Achtung vor der göttlichen Schöpfung. Eine diesem Ziel verpflichtete nachhaltige Politik setzt die Bereitschaft voraus, bei allen politischen Entscheidungen nach den Wirkungen auf Umwelt und Natur zu fragen und das gesellschaftliche Verantwortungsbewusstsein entsprechend zu formen. Der Klimaschutz und der schonende Umgang mit den endlichen Ressourcen sind ebenso notwendige Konsequenzen wie die Achtung und der Schutz der reichen Tier- und Pflanzenwelt. Die hervorragenden Leistungen Thüringer Unternehmen auf dem Gebiet der erneuerbaren Energie zeigen, dass Umweltschutz ein positiver Wirtschaftsfaktor ist. Die Vielfalt der Naturlandschaft Thüringens trägt zum Heimatgefühl der Thüringer bei und prägt das Bild unseres Landes weit über seine Grenzen hinaus. Wir wollen, dass dies so bleibt.

III. Freiheitliche Demokratische Grundordnung

Der lange Weg zur Demokratie

36. Das demokratisch verfasste Thüringen ist Ergebnis einer langen und wechselvollen Geschichte. Im 19. Jahrhundert galten einige der Thüringer Staaten als Heimstätten der Freiheit und des Fortschritts, der Kultur und des Geistes. Die mit der ersten demokratischen Verfassung 1921 für ein vereintes Thüringen verknüpften Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht. Früh fasste der Nationalsozialismus Fuß in Thüringen. Der Weg in den Abgrund war beschritten. Der demokratische Aufbruch nach dem Zweiten Weltkrieg mündete in das SED-Regime, noch bevor er richtig begonnen hatte. Es folgten Jahrzehnte der Unfreiheit und ideologischen Bevormundung. Thüringen wurde 1952 aufgelöst. Die 1945 gegründete CDU versuchte sich gegen diese Entwicklung zu stemmen, konnte sich der Gleichschaltung jedoch nicht entziehen und war als Blockpartei in die Politik der SED eingebunden. Dies gehört genauso zum ambivalenten Erbe unserer Partei wie die Tatsache, dass die friedliche Revolution im Herbst 1989 auch von Mitgliedern der CDU getragen wurde. Der „Brief aus Weimar“ ist dafür ein herausragendes Beispiel. Immer hat es Bürger gegeben, die den Traum eines demokratischen Thüringens in einem vereinten Deutschland nicht aufgegeben hatten. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands und der Gründung des Freistaates am 3. Oktober 1990 und der am 16. Oktober 1994 in einer Volksabstimmung angenommenen Landesverfassung war dieser Weg abgeschlossen.

37. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wie auch die Thüringer Verfassung sind die Grundlagen für das Zusammenleben in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Freiheit zu sichern, Solidarität zu ermöglichen, Gerechtigkeit herzustellen und so das Zusammenleben der Menschen zu ordnen, ist Aufgabe des demokratischen Rechtsstaats. Der Rechtsstaat sichert und ermöglicht Freiheit. Er begrenzt diese aber auch im Interesse der Bürger. Gleiches Recht für alle bedeutet, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Es ist unser Ziel, den Rechtsstaat zu stärken und seine Akzeptanz

zu erhöhen. Die Unabhängigkeit der Rechtssprechung ist unverzichtbar. Die Teilung der Gewalten in Legislative, Exekutive und Judikative schützt vor Willkür und Machtmissbrauch. Zu den zentralen Aufgaben des Staates gehört auch, die innere Sicherheit zu wahren. Dies ist wesentliche Voraussetzung für eine Gesellschaft, in der Menschen sich frei bewegen und entfalten können.

38. Wir bekennen uns zur repräsentativen Demokratie. Sie ist das maßgebliche Strukturprinzip unserer demokratischen Grundordnung. Die repräsentative Demokratie sichert durch parlamentarische Verfahren Rationalität, und Durchschaubarkeit des politischen Handelns; sie ermöglicht sachliche, differenzierte Lösungen. Handlungsfähige und verantwortungsbewusste Mehrheiten garantieren Stabilität und Sicherheit. Elemente direkter Demokratie wie Volksentscheide und Volksbegehren auf Landesebene sowie Bürgerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene sind Ergänzungen des Systems der repräsentativen Demokratie.

Bürgerschaftliches Engagement

39. Demokratie ist auf das Mitwirken der Bürger angewiesen; sie braucht die Bereitschaft des Einzelnen, Verantwortung zu übernehmen. Das bürgerschaftliche Engagement ist eine Voraussetzung für das Funktionieren von Demokratie. Wir wollen eine aktive Bürgergesellschaft. Einen wichtigen Beitrag leisten die vielen Ehrenamtlichen in unserem Land. Ohne sie könnten zahlreiche Aufgaben in Staat, Kommunen und Gesellschaft nicht wahrgenommen werden. Den Ehrenamtlichen gebühren Dank und Anerkennung. Zum bürgerschaftlichen Engagement gehört auch die Teilhabe an Entscheidungsprozessen. Die Mitarbeit in politischen Parteien ist die Grundlage, sich aktiv in diese Prozesse einzubringen und diese zu beeinflussen. Dies ist auf allen Ebenen möglich. Auf der Ebene des Landes wie auch auf der kommunalen Ebene stehen Möglichkeiten der direkten Demokratie zur Verfügung. All das ist Ausdruck des Wunsches, Freiräume zu nutzen, unsere gesellschaftliche Ordnung mitzugestalten und Verantwortung zu übernehmen.

40. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, die freiheitliche demokratische Grundordnung vor ihren Gegnern zu schützen. Wir bekennen uns zur wehrhaften Demokratie. Wir stellen uns entschieden gegen jene, die die Prinzipien unserer Verfassung verneinen und missachten. Extremismus und Gewalt sind konsequent und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen. Mit den Möglichkeiten des Rechtsstaats und durch bürgerschaftliches Engagement muss diesen Bedrohungen der Boden entzogen werden. Staat, Gesellschaft und Bürger sind aufgefordert, sich mit den Gegnern unserer Ordnung auseinander zu setzen. Eine der Grundlagen des demokratischen Rechtsstaats ist das staatliche Gewaltmonopol, das die Voraussetzung bildet für die Rechtssicherheit der Bürger. Unser Gemeinwesen ist der Herausforderung durch die Feinde der Demokratie und Freiheit gewachsen, solange der Staat den Feinden der Demokratie entschieden entgegentritt und die Bürgerinnen und Bürger aktiv und überzeugt für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten.

41. Die Sicherheit der Menschen hat für uns oberste Priorität. Freiheit und Sicherheit gehören zusammen. Nur wenn die Menschen in Sicherheit leben, dann können sie auch in Freiheit leben. Deshalb hat der Staat dafür zu sorgen, dass seine Bürger möglichst von Kriminalität verschont bleiben, Straftaten effektiv verhindert und Kriminelle wirkungsvoll bestraft werden. Zum Schutz der Bürger brauchen wir einen handlungsfähigen und wirkungsvollen Staat, der konsequent gegen alle Erscheinungsformen von Terrorismus, Extremismus, Gewalt und Kriminalität vorgeht. Innere Sicherheit hat für uns auch eine soziale Dimension. Jeder soll sich in unserem Land sicher fühlen. Innere Sicherheit darf nicht von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Einzelnen abhängen. Die Menschen haben ein Recht auf innere Sicherheit.

Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung

42. Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung sind wichtige Elemente unseres Gemeinwesens. Thüringen erhielt nach erzwungener Teilung mit der Deutschen Einheit 1990 wieder die Möglichkeit, seine politische Zukunft selbst zu gestalten. Die Menschen in Thüringen sind stolz auf ihr Land und fühlen sich ihm verbunden. Der Föderalismus hat in Deutschland eine große und lange Tradition. Er beinhaltet die Anerkennung politischer und kultureller Verschiedenartigkeit. Föderalismus steht für regionale Identität, Bürgernähe und Effizienz. Als Element der Gewaltenteilung und -hemmung hat der Föderalismus auch eine freiheitssichernde Funktion zum Wohle der Bürger. Durch die Aufteilung staatlicher Aufgaben kann regionalen Bedürfnissen in besonderer Weise Rechnung getragen werden. Es sind vor allem die Zuständigkeiten, die möglichst bürgernah angelegt sein sollen. Eng verbunden mit dem föderalen Prinzip ist das Subsidiaritätsprinzip. Zuständig soll zunächst die kleinere Einheit sein. Erst wenn sie zur Erfüllung einer Aufgabe nicht in der Lage ist, tritt die nächst höhere Ebene ein. In diesem Sinne setzen wir uns für überschaubare Einheiten ein, die Bürgernähe gewährleisten und identitätsstiftend sind. Größe allein ist kein Garant für Effizienz. Eine starke kommunale Selbstverwaltung und eine sinnvolle Aufgabenbündelung auf kommunaler Ebene stellen eine bürgernahe Verwaltung sicher.

IV. Wirtschaft und Arbeit

Der Mensch im Mittelpunkt der Sozialen Marktwirtschaft

43. Ausgangs- und Zielpunkt jeder Ordnung ist der Mensch; das gilt auch für die Wirtschaftsordnung. Wirtschaftliches Handeln und Wirtschaftsordnung tragen ihren Zweck nicht in sich selbst, sondern geschieht um des Menschen willen. Deshalb setzen wir auf die Soziale Marktwirtschaft, in der sich ökonomische Vernunft, ökologisches Verantwortungsbewusstsein und sozialer Ausgleich verbinden. Sie setzt einen Rahmen, in dem der Einzelne seine Fähigkeiten frei entfalten kann, aber zugleich auf sie verwiesen ist. Er kann auf die Solidarität und die Hilfe des Gemeinwesens vertrauen, soweit er sich nicht

mehr selbst helfen kann. Weil wir auf die Fähigkeit des Menschen vertrauen, sein Leben grundsätzlich eigenverantwortlich und in Freiheit zu gestalten, ist mit der Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft auch gesellschaftliche Sicherheit untrennbar verbunden. Da die Soziale Marktwirtschaft die Leistungsbereitschaft und Kreativität der Bürgerinnen und Bürger zur Entfaltung kommen lässt und ihnen Unterstützung in existentiellen Notlagen zusichert, bietet sie die besten Voraussetzungen, Freiheit und Wohlstand für alle zu erreichen. Der Preis dafür ist die Bereitschaft, die Risiken des Marktes mit zu tragen.

44. Aufgabe des Staates ist, die Menschen zu befähigen, ihre Chancen in der Sozialen Marktwirtschaft zu ergreifen. Der Schlüssel hierzu liegt in einer Bildung, die Leistungs- und Risikobereitschaft, fachliche und kulturelle Fähigkeiten genauso fördert wie soziales Verantwortungsgefühl und die Bereitschaft, die Bedürfnisse anderer und des Gemeinwesens insgesamt auch im wirtschaftlichen Leben mit zu berücksichtigen. Die Soziale Marktwirtschaft selbst und ethisch verantwortetes Verhalten der Bürger als Marktteilnehmer gewährleisten die Funktionsfähigkeit, Dauer und Akzeptanz dieser Wirtschaftsordnung. Die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft versteht sich nicht von selbst. Sie muss nicht alleine hinsichtlich der Absicherung existentieller Lebensrisiken für den Einzelnen, sondern auch hinsichtlich eines funktionierenden und fairen Wettbewerbs durch den Staat gewährleistet werden. Wo das Spiel der Kräfte innerhalb der Wirtschaftsordnung dazu führt, dass ein fairer Wettbewerb nicht mehr möglich ist, ist der Staat in der Pflicht und als Garant der Sozialen Marktwirtschaft gefordert. Dabei soll ein korrigierendes Eingreifen des Staates aber nur dort erfolgen, wo es unbedingt notwendig ist.

45. Dieses marktwirtschaftliche Leitbild steht im bewussten Gegensatz zu den kollektivistischen Vorstellungen des untergegangenen sozialistischen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Soziale Marktwirtschaft baut auf dynamische Unternehmer und Unternehmen und qualifizierte, engagierte Mitarbeiter als die eigentlichen Quellen wirtschaftlicher Leistungs- und Innovationskraft. Arbeit ist mehr als die Sicherung des Einkommens. Eine Beschäftigung, die den individuellen Fähigkeiten entspricht, ist sinnstiftend und erfüllend. Sie schafft Sicherheit und Unabhängigkeit vom Staat und ist damit Basis für ein Leben in Freiheit und Wohlstand. Im Falle des Scheiterns haben alle Menschen das Recht auf eine neue Chance. Zugleich bekennen wir uns dazu, dass Leistung sich lohnen und im individuellen Wohlstand niederschlagen muss.

Soziale Sicherheit

46. Ebenso wichtig wie die gesellschaftliche Anerkennung der Leistung ist es, die wirtschaftliche Belastung der Leistungsträger in unserem Solidarsystem zu begrenzen. Im Sinne der Leistungsgerechtigkeit müssen die marktwirtschaftlichen und die sozialen Dimensionen in unserem Wirtschaftssystem zueinander im Gleichgewicht gehalten werden. Das bedeutet aber auch, dass stärker als in der Vergangenheit bereits heute Eigeninitiativen im privaten und betrieblichen Bereich beim Aufbau der individuellen

Altersversorgung eingefordert und umgesetzt werden. Künftigen im Arbeitsprozess stehenden Generationen die vollständige Verantwortung für die Altersversorgung einer zahlenmäßig zunehmenden Rentnergeneration aufzugeben, ist nicht gerecht. Lebensleistungen der älteren Generation sollen in einer Form anerkannt werden, die auch in Zukunft Sicherheit verbürgt. Dies ist ein verantwortlicher Beitrag aller, um Generationengerechtigkeit als wertvolles gesellschaftliches Gut zu erhalten.

47. Das Anliegen der Sozialen Marktwirtschaft, den Bürger gegen die fundamentalen Risiken des Wettbewerbs und der Wechselfälle des Lebens abzusichern, behält dabei seine Gültigkeit. Das Modell des „Solidarischen Bürgergeldes“ kann diesen Anspruch erfüllen. Es sichert jedem Bürger ein Grundeinkommen in Höhe des soziokulturellen Existenzminimums zuzüglich eines Beitrags zur Gesundheits- und Pflegevorsorge zu. Die Rente ist auch im Modell des „Solidarischen Bürgergeldes“ Lohn für Lebensleistung. Arbeitsmarkt und Sozialsysteme werden entkoppelt und ein Steuersystem wird möglich, das den Grundsätzen einfacher, niedriger und gerechter Besteuerung entspricht.

Wirtschaft in Thüringen

48. Der wirtschaftliche Neuanfang Thüringens unter marktwirtschaftlichen Bedingungen war durch das Erbe des SED-Staats und seiner Planwirtschaft belastet. Eine weitgehend verschlissene oder gänzlich fehlende Infrastruktur, versäumte Investitionen und ökologische Schäden erforderten Investitionen, die aus den laufenden Einnahmen trotz der Hilfen der alten Länder, des Bundes und der EU nicht zu bewältigen waren. Die erforderlichen Mittel sind gut genutzt worden. Dank der Initiative, der Risikobereitschaft und harter Arbeit vieler Unternehmer und Arbeitnehmer ist seit dem Ende der DDR ein bemerkenswerter wirtschaftlicher Neuanfang gelungen. Bei allen wirtschaftlichen Schwankungen im Zeitablauf und in unterschiedlichen Branchen wurde eine tragfähige Infra- und Wirtschaftsstruktur entwickelt, die weiter wächst, immer erfolgreicher auf dem nationalen und internationalen Markt agiert, aber noch große Herausforderungen zu meistern hat. Wir haben unsere Dörfer und Städte saniert, unsere Landschaften blühen. Thüringen hat seine Chance genutzt.

49. Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Sie erbringen fast die Hälfte der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung. Hier entstehen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze. In Thüringen ist der Anteil des Mittelstandes an allen Unternehmen überragend. Handwerk, Handel, freie Berufe und eine außergewöhnliche Innovationsfähigkeit tragen maßgeblich zur Wirtschaftskraft des Landes bei. Die kleinen und mittleren Unternehmen im Freistaat stehen für Qualität und Flexibilität. Dabei stehen die Thüringer Unternehmen insgesamt vor großen Herausforderungen. Die Jahre seit der Wiedervereinigung wurden gut genutzt. Aber wachsende Wettbewerbsintensität, zunehmende Internationalisierung der ökonomischen Austauschprozesse und steigende Anforderungen an qualifiziertes Personal kommen als weitere Herausforderungen dazu. Wir wollen, dass jeder eine Chance erhält, am

Erwerbsleben teilzunehmen. Die kleinen und mittleren Unternehmen leisten hierzu einen wichtigen Beitrag, denn hier entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft.

50. Unternehmen und Politik müssen deshalb in den nächsten Jahren besondere Anstrengungen unternehmen, um die bisherigen Erfolge zu sichern und fortzuschreiben. Bei der Förderung können nicht alle Branchen und Unternehmen in gleicher Weise bedacht werden. Der Staat sollte allerdings dort gezielt helfen, wo die Kraft der Unternehmen zur selbstbestimmten Weiterentwicklung gestärkt wird bzw. wo Nachteile einer kleinteiligen Wirtschaftsstruktur soweit wie möglich ausgeglichen werden können. Dafür soll insbesondere in Modellregionen die Reduktion und Aufhebung von Vorschriften erprobt werden.

V. Heimat Thüringen

Keine Zukunft ohne Herkunft

51. Was wir sind, ist ohne Geschichte und Kultur nicht zu erklären. Was wir werden können und wollen, das wird wesentlich durch sie beeinflusst. Zukunft kann nicht ohne Herkunft gedacht werden. Unsere Heimat, unser Volk, unsere Nation und Europa sind für uns nichts Beliebiges, sondern von hohem Rang für unser Selbstverständnis. Die Zugehörigkeiten zu dieser geschichtlich gewordenen und dem beständigen Wandel unterworfenen menschlichen Gemeinschaft ist Teil der Identität eines jeden Einzelnen und eine Voraussetzung gelingenden Lebens.

52. Im Begriff Heimat verdichtet sich das Besondere und Unverwechselbare. Hier haben wir unsere Wurzeln. Land und Leute prägen uns von Kindesbeinen an. Natur, Landschaft und Lebensverhältnisse sind uns vertraut. Kultur und Religion prägen uns bewusst oder unbewusst. Daraus wachsen Geborgenheit, Heimatliebe und Lebenssicherheit. Die örtlichen Verhältnisse sind überschaubar und konkret. Deshalb lassen sich Bürgersinn, ehrenamtliches Engagement und Verantwortungsgefühl für die Gemeinschaft und ihre Belange am besten vor Ort mobilisieren. Aus dieser Verbundenheit entwickeln sich emotionale, häufig ein Leben lang anhaltende Bindungen. Wie stark sie sind und wie sehr sie nachwirken können, das zeigt sich am Beispiel der Heimatvertriebenen und ihren Nachkommen. Die Pflege ihrer Traditionen in Thüringen ist Ausdruck ihrer Heimatliebe.

53. Heimatliebe zeigt sich ebenso am Beispiel vieler Menschen in unserer hochmobilen Gesellschaft, die den Wunsch haben, an einem Ort Wurzeln zu schlagen und dort ganz zu Hause zu sein oder gar dorthin zurück zu kehren, wo man aufgewachsen ist. Denn Heimat zu haben ist ein Bedürfnis, das sich heute zugleich aus den modernen Wirtschafts- und Arbeitsverhältnissen ergibt. Wo durch globale Märkte, Medien und Kommunikationstechnologie immer mehr Lebensverhältnisse vereinheitlicht werden, wächst das Verlangen nach Unverwechselbarkeit. Land und Leute, Kultur und Brauchtum, die besonderen landschaftlichen und baulichen Anziehungspunkte sind es jenseits des wirtschaftlichen Bereichs, wodurch ein Ort, eine Landschaft oder ein Land Auskunft über

sich selbst gibt. Was wir unseren Gästen zeigen, ist das, was unserer Heimat eine unverwechselbare Prägung verleiht.

54. Die CDU Thüringen lässt sich von dem Grundsatz leiten, dass es vorrangig Aufgabe der kommunalen Ebene ist, die Lebensverhältnisse vor Ort zu gestalten. Mit an erster Stelle gehören dazu Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, dass Menschen selbst aktiv werden wollen und können, um einem Ort oder einer Region ein unverwechselbares, attraktives Gesicht zu geben und für gedeihliche Lebensverhältnisse zu sorgen. Naturschutz und Denkmalpflege, Lokalgeschichte, Kulturpflege, Brauchtum und Feste, und der große Bereich sozialen Lebens sind Betätigungsfelder, in denen Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Initiativen entscheidend dazu beitragen, dass Thüringen ein lebens- und liebenswertes Land und Heimat bleibt.

55. Thüringen ist durch seine kleinen und mittleren Städte, seine Dörfer und vielgestaltige ländliche Räume geprägt. Diese kleinräumigen Strukturen haben sich über Jahrhunderte vor allem als kulturell produktiv erwiesen und dabei keineswegs im Gegensatz zu wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gestanden. Thüringen verdankt diesen Strukturen ein historisches Erbe von teils nationalem und europäischem Rang, das zugleich Maßstäbe für die Zukunft setzt. Die Vielfalt und Vielzahl örtlicher Traditionen und Potentiale sind der eigentliche Reichtum Thüringens, sie tragen entscheidend zur Identität unseres Landes, zur Bodenständigkeit und Heimatliebe der Menschen bei. Sie lassen sich sachgerecht bewahren, erschließen und entwickeln, wenn vieles möglichst nah bei den Menschen in den Kommunen entschieden und gestaltet werden kann. Überschaubare Verhältnisse sind ein Vorzug unseres Landes. Sie zu erhalten, ist ein wichtiges Ziel christlich-demokratischer Politik.

Nationalbewusstsein und Patriotismus

56. Nationen gründen in einem geschichtlich gewachsenen politischen Zusammengehörigkeitsgefühl. Sie existieren, solange Menschen um ihre politische Gemeinschaft als Nation wissen und Nation sein wollen. Sprache, Abstammung, Kultur, Staat sind Bezugspunkte, an die Nationalgefühl anknüpfen kann. Die Freiheit, der demokratische Verfassungsstaat und das Selbstbestimmungsrecht der Völker sind mit der Herausbildung der Nationen in Europa untrennbar verbunden. Dieser Zusammenhang ist durch die friedliche Revolution 1989/90 und den anschließenden Zerfall des Ostblocks und der Sowjetunion eindrucksvoll bestätigt worden. Die revolutionären Forderungen des Herbstes 1989 – „Wir sind das Volk“ und „Wir sind ein Volk“ – gehören zusammen. Sowohl die Wiedervereinigung Deutschlands als auch die Wiedegründung und das Entstehen zahlreicher freier und demokratischer Staaten in Ostmittel- und Südosteuropa bezeugen die Lebendigkeit der Nationen als die für Europa prägende politische Gemeinschaftsweise der Menschen. So klar wie unser Bekenntnis zur Nation ist unsere Ablehnung jeder Form von Nationalismus.

57. Der Begriff der Nation umschreibt heute zum einen eine Ebene unseres politischen Selbstbewusstseins, das die emotional erlebte Zugehörigkeit zu kleineren politischen Einheiten oder Gruppen nicht zu verdrängen sucht und offen für übernationale Gemeinschaften ist. Zum anderen konzentriert sich im Nationalbewusstsein und Patriotismus alles, was uns über die Sorge für Deutschland als Standort hinaus als Gemeinschaft in besonderer Solidarität und Loyalität verbindet. In Deutschland wird die Nation traditionell als Abstammungs-, Sprach- und Kulturgemeinschaft verstanden. Das hat die Integration von Zuwanderern im Laufe der Generationen in unsere nationale Gemeinschaft nicht ausgeschlossen. Denn auch in diesem Verständnis ist die Nation als Gewordenes zugleich immer sich Wandelndes und Werdendes. Dennoch ist es eine besondere geistige und politische Herausforderung, die Nation unter Bedingungen zu denken und zu entwickeln, in denen Migranten und ihre Nachkommen aus vielen, auch außereuropäischen Ländern das Bild der Gesellschaft prägen und deutsche Staatsbürger werden. Wir nehmen sie an und setzen auf die integrierende Kraft der Nation.

58. Als geschichtlich geprägtes Subjekt ist die Nation zugleich Erinnerungsgemeinschaft. Die Erinnerung an die Menschheitsverbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands, denen Millionen von Menschen zum Opfer gefallen sind, ist Teil unserer politischen Kultur, für den wir eine besondere Verantwortung tragen. Kunst und Kultur, Wissenschaft und Technik haben durch Angehörige unseres Volkes entscheidende Impulse erhalten. Freiheit, Demokratie und Recht haben in Deutschland weit zurück reichende Traditionen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen Neuanfang ermöglicht haben und in der friedlichen Revolution 1989/90 und dem anschließenden Aufbau Thüringens zum Tragen gekommen sind.

59. Die CDU Thüringen hat das Ziel, den nationalen Zusammenhalt in Deutschland zu stärken und alle Menschen, die sich über die Annahme der Staatsangehörigkeit an Deutschland binden, auch in diese Gemeinschaft einzubinden. Sie bekennt sich zur Geschichte Deutschlands in ihrem großen und in ihrem belasteten Erbe. Das schließt die Erinnerung an das Schicksal der Heimatvertriebenen ein. Die CDU Thüringen sieht in der Nation und Ihrer Geschichte eine Quelle der Motivation, der Inspiration, der Selbstbehauptung und der gegenseitigen Solidarität, die sich in Jahrzehnten deutscher Teilung bewährt hat. Die Erfahrungen mit den totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts verpflichten auf die Grundlage unveräußerlicher Menschenrechte, der Freiheit, der Demokratie und des Rechts.

Thüringen im Herzen Europas

60. Thüringen ist als Land in Deutschland zugleich eine Region in der Mitte Europas. Europa wird durch seine kulturelle, politische und soziale Vielfalt auf der Grundlage geteilter Überzeugungen und Lebensformen gekennzeichnet. Die gemeinsamen geistigen Grundlagen Europas lassen sich mit wenigen, aber folgenreichen Begriffen umreißen. Würde, Personalität und Individualität jedes Menschen, Bürger- und Menschenrechte,

Gleichberechtigung von Mann und Frau, Freiheit und Freizügigkeit, Religionsfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und Rechtsstaatlichkeit, das Spannungsverhältnis von Freiheit und Verantwortung, Rechten und Pflichten, Recht und Gerechtigkeit gehören genauso dazu wie vielfältige Formen der Machtteilung und -kontrolle, die demokratische Willensbildung, der religiös-weltanschaulich neutrale Staat und die Wertschätzung von Vielfalt und Besonderheit.

61. Diese gemeinsamen Überzeugungen sind Ergebnis einer weit bis in die Antike zurückreichenden Geschichte. Griechische Philosophie, römisches Recht und christlich-jüdischer Glaube prägen das europäische Denken ebenso wie die Epoche der Aufklärung. So sehr sie den geistigen Weg Europas bis heute bestimmen, so wenig vermochten sie Jahrhunderte erbitterter Auseinandersetzungen zu verhindern. Am Beginn der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg stand der Wille, die Bruderkriege in der europäischen Kulturfamilie zu beenden und eine Zukunft im Miteinander zu suchen. Dieser Wille wird heute durch ein weiteres Motiv gestützt: Je enger die Welt zusammenwächst, desto klarer erkennen wir, dass europäische Lebensformen und Überzeugungen nicht selbstverständlich oder allgemein verbindlich sind. Durch ein handlungsfähiges Europa stellen wir sie auf ein sicheres Fundament.

62. Dazu bedarf die Europäische Union einer Ordnung, in der die reale Vielfalt der Regionen und Nationen als eigentlicher Reichtum und Quelle der Kreativität Europas genauso gesichert ist wie ihre Handlungsfähigkeit – die Voraussetzung gemeinsamer europäischer Selbstbehauptung in der Welt und eines fairen Interessenausgleichs ihrer Mitglieder untereinander. Diesen Zielen entspricht ein europäischer Staatenverbund, der konsequent nach dem Subsidiaritätsprinzip ausgerichtet und auf allen Ebenen demokratisch organisiert und kontrolliert ist. Beides ist zugleich unumgänglich, um die Bürger Europas dauerhaft für die europäische Integration zu gewinnen. Sie werden diesen Weg mitgehen, wenn sie die Europäische Union als Ordnung erleben, die um der Bürger, ihrer Regionen und Nationen Willen da ist. Wir wollen ein Europa, das diese Ebenen mit formt, sie aber nicht verdrängt und ihre Eigenständigkeit nicht in Frage stellt.

63. Europa ist nichts Beliebiges, sondern durch Geschichte, Geographie und sein geistig-religiöses Erbe bestimmt. Soweit es etwas Bestimmtes bleiben soll und die Loyalität der Bürger an sich binden will, muss es seine Grenzen definieren. Sie sind zunächst inhaltlicher Art und ergeben sich aus den miteinander geteilten Überzeugungen, gemeinsamen Werten und aus den historischen Erfahrungen, in denen sich diese Überzeugungen entwickelt haben: Auch Europa ist Kultur- und Erinnerungsgemeinschaft, wenn auch auf andere Art als die Nationen. Es sind schließlich Grenzen im Raum, die sich über Jahrhunderte im Wechselspiel zwischen naturräumlichen Gegebenheiten, Politik und Kultur im umfassenden Sinn ergeben, gefestigt oder auch verändert haben. Es liegt in der Natur historisch-kultureller Prozesse, dass diese Grenzen selten mit geographischer Genauigkeit bestimmbar sind und meist als Abstufungen kultureller Nähe oder Ferne erlebt werden. Die Grenzen der Europäischen Union und damit die Zahl der Mitgliedsstaaten werden auch bestimmt durch die Aufnahmefähigkeit der bestehenden EU. Da diese ob ihrer Handlungsfähigkeit nicht unbegrenzt sein kann, sind auch andere

Formen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit neben einer Vollmitgliedschaft eine realistische Alternative.

64. Thüringen hat die Chancen ergriffen, die sich 1990 mit der Integration in die heutige Europäische Union ergaben. Der Freistaat hat Partnerschaften mit Regionen in Ost und West geschlossen. Die Thüringer CDU hat sich dafür eingesetzt, nach der Wiedervereinigung Deutschlands auch die Einheit Europas durch die Aufnahme der ostmitteleuropäischen und südosteuropäischen Staaten zu vollenden. Wir setzen uns für einen europäischen Staatenverbund ein, der durch einen Verfassungsvertrag die notwendige Balance zwischen europäischer Handlungsfähigkeit und Eigenständigkeit der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen gewährleistet. Dieses Europa muss durch einen ausreichenden Grad politischer, wirtschaftlicher und kultureller Nähe für seine Bürger identifikationsfähig bleiben. Die bleibende Bedeutung der christlichen Prägung für das politische Denken und damit die Identität Europas ist unbestreitbar.

Freier, gerechter, solidarischer:

Orientierung im Wandel

65. Wir haben in diesem Grundsatzprogramm die Grundlagen beschrieben, auf denen wir die Zukunft Thüringens gestalten wollen. Ausgehend vom christlichen Menschenbild haben wir verdeutlicht, wie eine lebensdienliche Balance zwischen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in Gesellschaft, Wirtschaftsordnung und Staat zur Geltung gebracht werden kann. Dabei geht es um eine fortwährende Herausforderung. Die Suche nach der jeweils freieren, gerechteren und solidarischeren Lösung für die Herausforderungen der Zeit ist eine Aufgabe, die sich an jedem Tag neu stellt, gleichgültig auf welcher Ebene, für welche Menschen oder Aufgaben wir Verantwortung tragen. Sie lässt sich besser bewerkstelligen, wenn wir uns immer wieder Rechenschaft darüber ablegen, welchen Maßstäben wir dabei folgen. Die CDU Thüringen stellt sich diesem Anspruch.

66. Wir wissen dabei, dass die für gestern und heute gültigen Antworten nicht auch morgen richtig sein müssen. Entscheidend ist für uns, im Wechsel der Zeiten ein Leben aus dem zu ermöglichen, was immer gilt. Gerade wer in diesem Sinn bewahren will, benötigt den Mut zu Reformen und Veränderung. Seit jeher steht politische Gestaltung unter dieser Spannung. Es gilt sie auszuhalten, denn wer alles festhalten will, wird in Erstarrung und Bedeutungsverlust enden. Wer Veränderung um ihrer selbst willen betreibt, wird die Orientierung verlieren und zum Spielball weltanschaulicher Konjunkturen und Moden.

67. Die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Thüringen sind der wichtigste Bezugspunkt unserer politischen Arbeit in der CDU Thüringen. Es ist unser Ziel, dem Land die beste Zukunft zu ermöglichen, den Anliegen der Bürger zu dienen sowie ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen und uns um deren Lösung zu kümmern. Dabei ist uns vor allem wichtig, die Einmaligkeit der Person in den Blick zu nehmen und danach zu fragen, was unsere Politik auf allen Ebenen dazu beitragen kann, dass alle ihre Begabungen entfalten, ihren

Interessen nachgehen und ihr Lebensglück suchen können. Wir wollen die Eigenständigkeit der Bürgerinnen und Bürger stärken sowie sie dazu ermutigen, ihre Freiheit als Aufruf zur Verantwortung zu verstehen und möglichst große Bereiche des gesellschaftlichen Lebens selbst zu gestalten.

68. So werden die Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft den Charakter Thüringens prägen: seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, seine Innovationskraft, seine vielfältige und reiche Kultur und nicht zuletzt Lebensqualität in unseren Dörfern und Städten. Dafür einen Rahmen zu setzen und ihn immer wieder neu auf seine Tauglichkeit zu überprüfen, ist die eigentliche Aufgabe christlich-demokratischer Politik in Thüringen.

Veranstaltungen zur Grundsatzprogrammdebatte der CDU Thüringen

Pilgerfahrt nach Rom, 8. bis 10. April 2006 <i>Forum "Christliches Menschenbild"</i>	Referenten	Landesbischof Dr. Christoph Kähler Evangelische Landeskirche Thüringen Kardinal Walter Kasper Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen
<i>Forum "Europa - eine Wertegemeinschaft"</i>	Referenten	Rocco Buttiglione UDC Italien Christine Lieberknecht MdL Vorsitzende der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Gesprächsforum Solidarität und Gerechtigkeit, Erfurt, 9. Oktober 2006	Referenten	Ministerpräsident Dieter Althaus MdL Vorsitzender der CDU Thüringen Dr. Norbert Walter Chefvolkswirt der Deutschen Bank AG
21. Landesparteitag der CDU Thüringen, Dermbach, 2. Dezember 2006	Redner zum Grundsatzprogramm	Mike Mohring MdL Generalsekretär der CDU Thüringen Kurt Biedenkopf Ministerpräsident a.D.
Forum Heimat der Landtagsfraktion, 28. Februar 2007	Referenten	Maja Eib Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. - Bildungswerk Erfurt Ministerpräsident Dieter Althaus MdL Vorsitzender der CDU Thüringen Johann Michael Möller MDR Hörfunkdirektor Martin Wölmüller Bayerischer Landesverein für Heimatpflege Dr. Burkhardt Kolbmüller Heimatbund Thüringen e.V. Daniel Kuntze ZDF Landesstudio Thüringen Christine Lieberknecht MdL Vorsitzende der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

Regionalkonferenzen		
<i>"Wirtschaft und Arbeit"</i>	Referent	Alexander von Witzleben JenOptik AG
mit den Kreisverbänden Eichsfeld, Kyffhäuserkreis und Nordhausen Gernrode, 12. März 2007		
<i>"Heimat und Patriotismus"</i>	Referent	Dr. Norbert Lammert MdB Präsident des Deutschen Bundestages
mit den Kreisverbänden Eisenach, Gotha, Unstrut-Hainich-Kreis und Wartburgkreis Waltershausen, 13. März 2007		
<i>"Demographischer Wandel und Generationengerechtigkeit"</i>	Referent	Philipp Mißfelder Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands
mit den Kreisverbänden Altenburger Land, Gera, Greiz, Jena, Saale-Holzland-Kreis und Saale-Orla-Kreis Eisenberg, 26. März 2007		
<i>"Bildung und Werte"</i>	Referentin	Dr. Annette Schavan MdB Bundesministerin für Bildung und Forschung
mit den Kreisverbänden Hildburghausen, Im- Kreis, Schmalkalden-Meiningen, Suhl und Sonneberg Schleusingen, 17. April 2007		
<i>"Innere Sicherheit"</i>	Referent	Dr. Christean Wagner MdL Vorsitzender der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag
mit den Kreisverbänden Erfurt, Saalfeld/Rudolstadt, Sömmerda, Weimar und Weimarer Land Bad Berka, 23. April 2007		
22. Landesparteitag der CDU Thüringen, Saalfeld, 16. Juni 2007		
	Redner zum Grundsatzprogramm	Mike Mohring MdL Generalsekretär der CDU Thüringen Ronald Pofalla MdB Generalsekretär der CDU Deutschlands

Impressum

Erfurt 2007
© CDU Landesverband Thüringen

Herausgeber:
CDU Landesverband Thüringen
Friedrich-Ebert-Straße 63
99096 Erfurt

www.cdu-thueringen.de

www.cdu-thueringen.de